

Die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen in den Philippinen

Zusammengestellt aus Artikeln des fortschrittlichen online-Enthüllungsmagazins Bulatlat vom 11.03., 12.03., 13.03., 14.03., 16.03., 17.03, 18.03., 19.03. und 20.03.2020

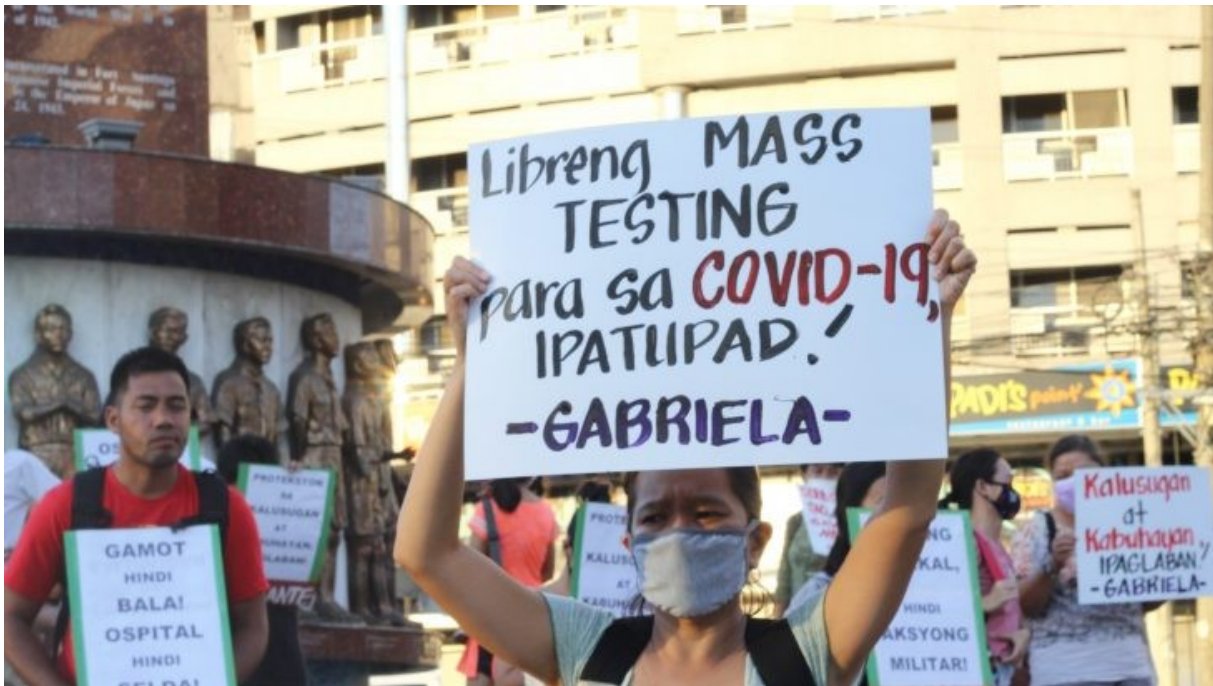
Tabelle:

Offizielle Entwicklung der Corona bzw. COVID-19-Fälle in den Philippinen

Datum	Infizierte	
11.03.2020	35	
13.03.2020	52	
14.03.2020	98	8 Tote

Unter den prekären Lebensbedingungen für die Masse der philippinischen Menschen trifft es die Ärmsten am härtesten. Sie haben die höchsten Risiken für die krankmachenden Infektionen. Sie haben den schlechtesten Zugang zu sozialen Dienstleistungen wie z.B. der Gesundheitsversorgung. Aus diesem Grund forderten fortschrittliche Gesundheitsorganisationen wie die Koalition für das Volksrecht auf Gesundheit und medizinische Praktiker gleich zu Beginn von der Regierung Maßnahmen wie die kostenfreie Zugänglichkeit zu gesundheitlichen Einrichtungen und Medikamenten etc., insbesondere für die Armen. Darüberhinaus wurde eindeutig festgestellt, dass man den Erkrankungen nur mit menschenwürdigen Arbeitsplätzen, sauberem Wasser, guter Behausung und zugänglicher Gesundheitsversorgung begegnen kann.

Am 12. März forderte KAPATID (Organisation der Verwandten von politischen Häftlingen) die sofortige Massenfreilassung von Gefangenen, die wegen kleiner Delikte angeklagt sind und der sehr Alten und sehr Kranken. Sie nahmen dabei Bezug auf die Entlassung von 70.000 Häftlingen am 9. März im Iran. (laut dem kurdischen Nachrichtenportal anfangs wurden 85.000 als Maßnahme gegen die Ausbreitung des Corona-Virus vorübergehend frei gelassen.) Desweiteren forderte KAPATID die Bereitstellung von Gesichtsmasken, Desinfektionsalkohol und Seife für das Gefängnispersonal.



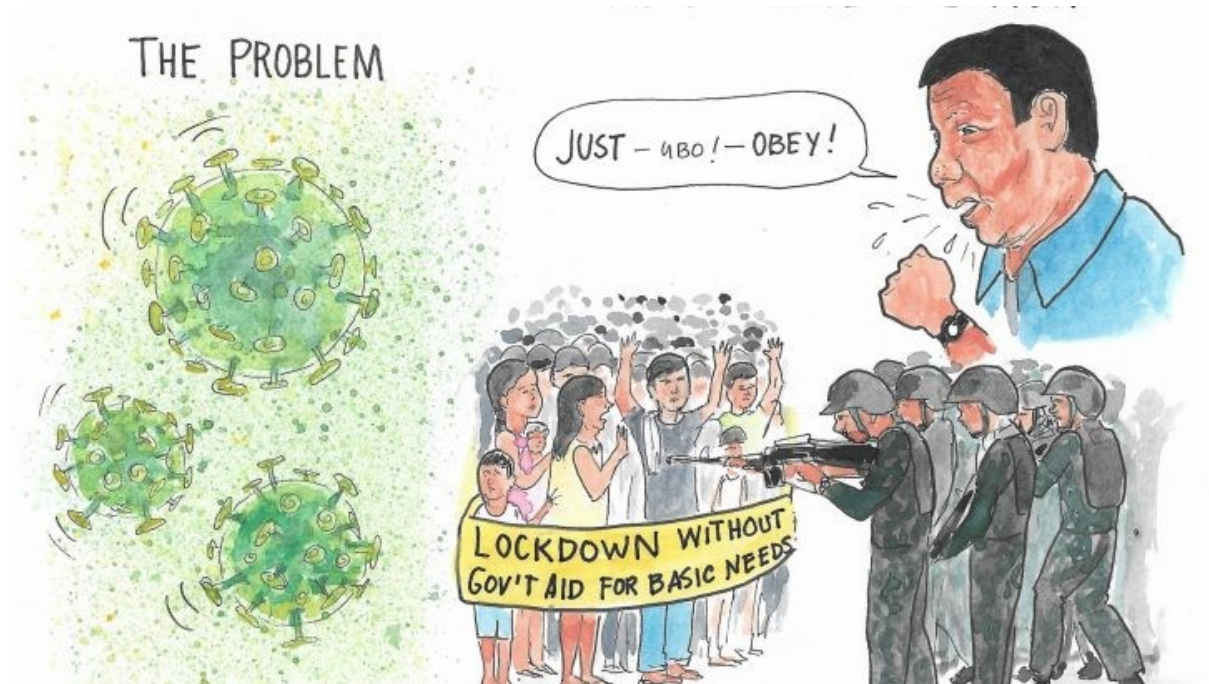
Mit Protestaktionen wenden sich verschiedene fortschrittliche Organisationen am 12. März gegen die Anordnung des faschistoiden Duterte-Regimes, Militär zu stationieren. „Das ist nicht die Antwort, um die Pandemie einzudämmen“, so die fortschrittliche Frauenorganisation Gabriela. Sie forderte stattdessen die Bereitstellung von zugänglicher Gesundheitsversorgung und konkreten Lösungen für die marginalisierten Sektoren. Die Protestierenden hielten sich verantwortungsbewusst an den Rat der WHO, Abstand von einander zu halten.

Edgardo Damicog, Gesundheitsarbeiter des Forschungsinstitutes für Tropenmedizin (RTM) im Ruhestand, analysiert am 13. März in klaren Worten den prekären Zustand im Gesundheitswesen als ein Resultat der jahrelangen Vernachlässigung, der Kürzung des Budgets und der kontinuierlichen Kommerzialisierung der öffentlichen Gesundheitsversorgung. Alleine 2017 musste das RTM ein um 57% gekürztes Budget hinnehmen. Das Arzt-Patienten-Verhältnis beträgt 1:133.000. Die Koalition für das Recht des Volkes auf Gesundheit prangerte die 10 Milliarden Peso (1 € ist ca. 60 Pesos) Kürzung des Gesundheitsbudgets und die gleichzeitige Erhöhung des Geheimdienstfonds an.

Am 13.03. startete der Studentenrat der Universität eine Spendensammlung für Gesichtsmasken für Medizinstudenten/innen im Philippine General Hospital. Das Krankenpflegepersonal muss inzwischen 9-10 Stunden am Stück arbeiten.

Am 13. März verkündete Duterte den Gesundheitsnotstand wegen den steigenden COVID-19 Fallzahlen. Doch weder werden zusätzliche Fonds für Gesundheitsleistungen freigegeben noch zwei Gesetze für zusätzlich dringend benötigte Budgets für das Gesundheitsministerium von ihm unterzeichnet. Beschäftigte im Gesundheitswesen beklagen, dass es keine Isolationsräume für effektive Quarantäne gibt. „Wie kann saubere Hygiene und Händewaschen in den städtischen Armutsgemeinden Metro Manilas umgesetzt werden, wenn sie keinen Zugang zu sauberem Wasser haben?“ „Wie soll soziale Distanz gewahrt werden in den überfüllten öffentlichen Transportmitteln?“

„Die Stationierung von Polizei und Militär, um Gemeindequarantäne zu erzwingen ist nicht die Lösung für die grauenhafte Krankheit. Die Bewohner/innen von Metro Manila damit zu bedrohen, sie einzusperren, wenn sie nicht gehorchen, wird den Virus nicht töten, aber die Zahl der Häftlinge in den eh schon überfüllten Gefängniszellen verschärfen. Dies erhöht die Möglichkeit für die Ausbreitung des Virus.“ Sie fordern die Freigabe der Fonds, öffentliche Gesundheitserziehung, kostenlose Tests, Wasserunterstützung, Sanitätseinrichtungen, Unterstützung für die betroffenen Arbeiter/innen. Sie wollen keine Kriegsrechtserprobung.



KAPATID erneuert seine Forderung nach sofortige Massenfreilassung von Häftlingen und untermauert das mit weiteren Fakten: das philippinische Gefängnisssystem hat mit 605% die höchste Überlastungsquote in der Welt, in den 933 Gefängnisse sitzen 188.278 Häftlinge ein, davon 75,1% Untersuchungshäftlinge, überfüllte Zellen und schlimmster Mangel von nackten Lebensnotwendigkeiten wie Gesundheit, gute Ernährung, sauberes Trinkwasser, adäquate medizinische Versorgung und Seife. All das hat zu steigende Sterberaten in den Gefängnissen geführt. 5200 sterben jedes Jahr, d.h. 14 pro Tag. Von den 188.278 Gefangenen sind 601 politische Häftlinge, die Opfer gefälschter Anklagen sind.

Am 16. März fordern die Abgeordneten des fortschrittlichen Makabayan Blocks ökonomische Hilfspakete für die Arbeiter/innen der von der am härtesten betroffenen Stadt Metro Manila weiten Quarantäne. Dazu gehört das von der Regierung zu finanzierende Monatsgehalt, ein Moratorium für Strom- und Wasser-Rechnungen, ebenso ein Moratorium für Wohnhaus- und Büromieten, Aussetzung von Gebühren für Pässe, Visa usw., eine Erhöhung der Renten, Erschwerniszuzahlungen oder doppeltes Gehalt für die Gesundheitsbeschäftigten, Journalisten/innen, Müllleute usw., die an vorderster Front bei der Eindämmung von COVID-19 stehen.

„Wenn die Regierung will, dass die Filipinos zu Hause bleiben, muss sie sicherstellen, dass sie an aller erster Stelle saubere Wohnungen haben“, so Gloria Arellano, Vorsitzende der fortschrittlichen städtischen Armutsorganisation Kadamay. Nach einem Bericht des Zentrums für Frauenforschung von 2020 gibt es 4,5 Millionen obdachlose Filipinos. 22,8 Millionen leben in städtischen Armutsgemeinden. Sie sind ständig mit Hauszerstörungen und Vertreibungen konfrontiert, um den

Weg frei zu machen für Geschäftszentren, Immobilien und Infrastrukturprojekte. Eine halbe Million städtische arme Siedler könnten unter dem Programm von Duterte „Bauen, Bauen, Bauen“ ihr Heim verlieren.

Am 16. März weitete Duterte die „Gemeinde-Quarantäne“ (dieser Begriff ist ein Euphemismus auf die tatsächliche Ausgangssperre) auf die gesamte Insel Luzon (Hauptinsel der Philippinen) aus. Alle Bewohner/innen sind aufgefordert, zu Hause zu bleiben und einen Monat lang von zu Hause aus zu arbeiten. Nur private Einrichtungen, die Grundbedürfnisse wie Nahrung und Medizin befriedigen, dürfen öffnen. Der gesamte öffentliche Massentransportverkehr wurde eingestellt. Er setzt immer mit der Stationierung von Polizei und Militär immer weiter auf die militärische Karte. Angesichts dessen warnen UN-Experten alle Staaten davor, die Menschenrechte zu verletzen. Auch das Asiatische Forum für Menschenrechte und Entwicklung äußerte seine Sorgen wegen der Stationierung von militärischen Kräften.



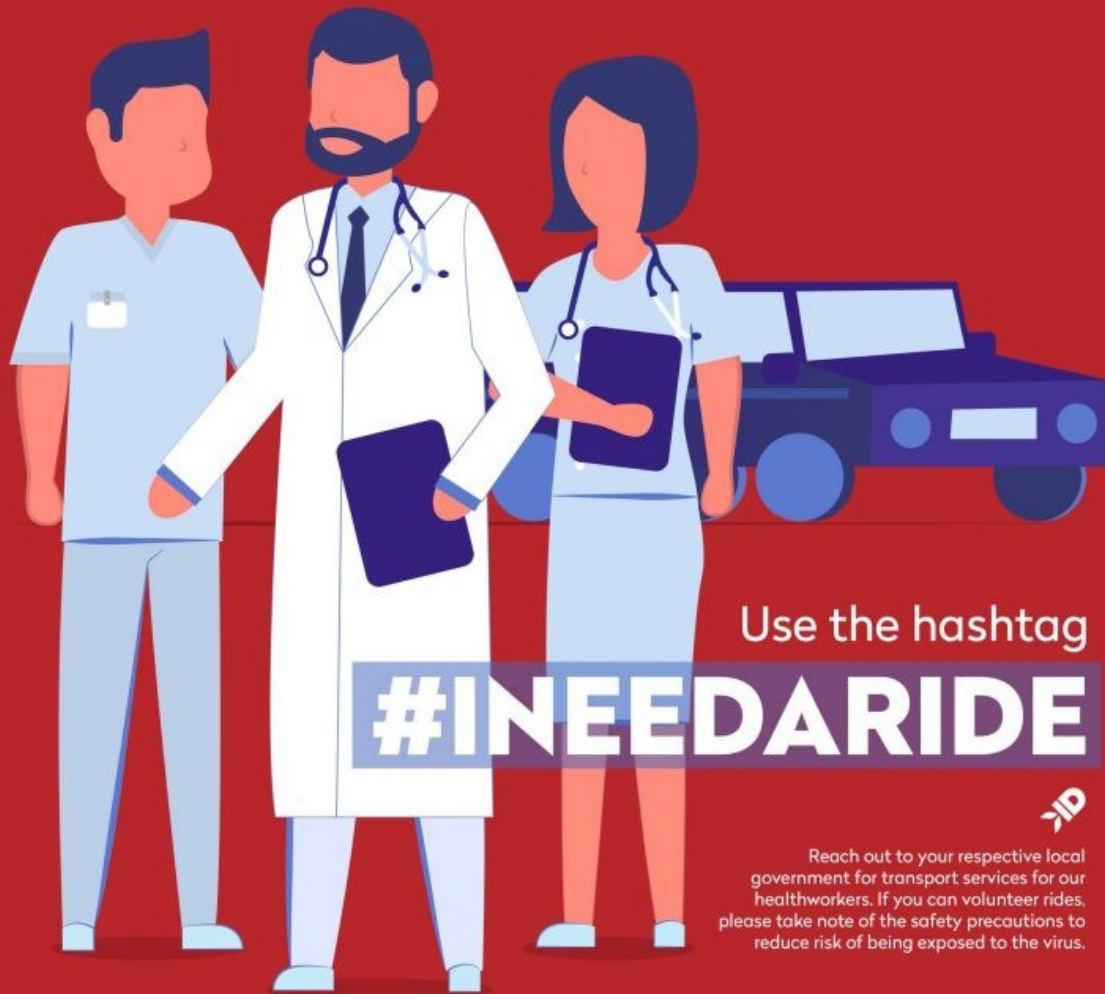
Als ob all das noch nicht reicht werden am Tag der Erklärung des Gesundheitsnotstandes auch die Unterkünfte von 300 Familien in Pasay zerstört, und die betroffenen Bewohner/innen müssen jetzt auf den Straßen campieren. Kadamay ruft die Öffentlichkeit dazu auf, den Betroffenen von erzwungener Zerstörung jede Unterstützung zu geben, insbesondere den Kindern.



Mit der Freigabe von 14 Milliarden Pesos für Tourismus- und andere Projekte zeigt Duterte gleichzeitig, dass er die ökonomischen Interessen der großen Geschäftsleute schützt. Ebenso werden der Cargo-Verkehr und der Export von Waren durch die Ausgangssperre nicht berührt. Die fortschrittlichen Kräfte ziehen die Schlussfolgerung: Wir müssen uns jetzt gegenseitig helfen, Nahrung, Wasser, Medizin und Gesundheitsleistungen liefern und unsere Gemeinden und Gesundheitsbeschäftigten unterstützen. Und wir müssen unsere Gewerkschaften stärken, den Kampf der Studenten/innen für ihre Rechte unterstützen, die Massen dafür mobilisieren, ein Ende der Ausbeutung zu erkämpfen und den Weg für die nationale Befreiung frei zu machen.

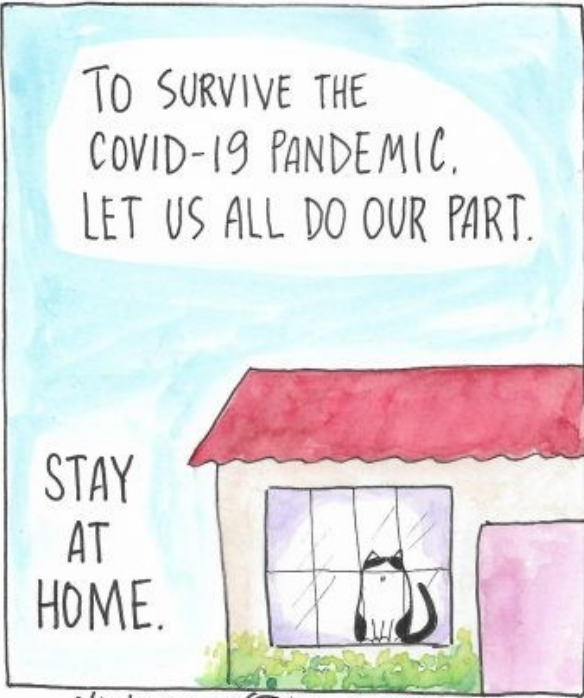
Und sie lassen ihren Worten Taten folgen. Am 17. März starten fortschrittliche Organisationen eine Hilfskampagne über Facebook. Unter dem Titel #BarangayDamayan treten sie für die Unterstützung der betroffenen Familien und der an vorderster Front gegen COVID-19 kämpfenden Arbeiter/innen in den von Ausgangssperre betroffenen Gemeinden ein. Sie sammeln Geld, Nahrungsmittel, Transportmöglichkeiten, Sanitärartikel und Rechtsberatung für die marginalisierten Sektoren. Da der Massentransport verboten ist, bitten sie private Autobesitzer um Unterstützung.

HELP OUR FRONTLINERS GET A RIDE!

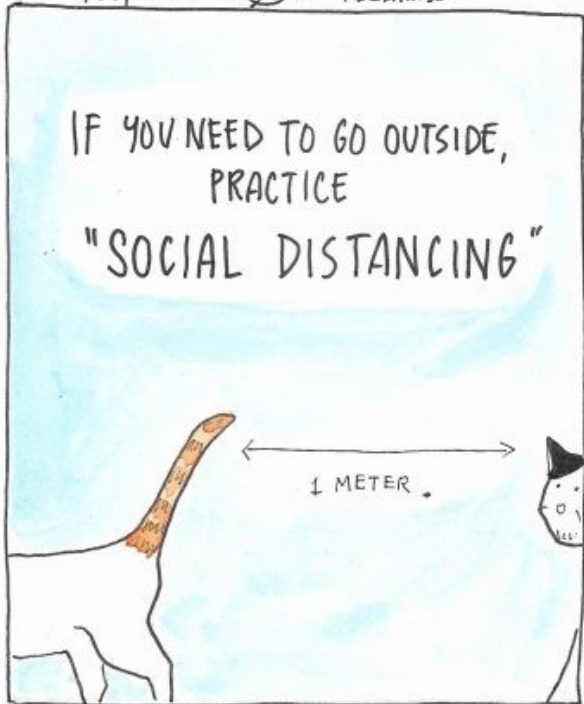


Die Ausgangssperre in Luzon hat die Farmer verwundbarer für die Ausbeutung durch Händler gemacht. Die Organisation Kaisahan von der Provinz Batangas fordert die Freigabe des 13 Milliarden Peso Kontingentfonds, des 16 Milliarden Katastrophenrisikofonds und des 4 Milliarden Geheimdienstfonds des Präsidenten. Das wäre genug um den am stärksten betroffenen Sektoren zu helfen.

Zum Schluss noch eine politische Karikatur zum Umgang mit COVID 19:



3/19/2020 B(ULAD)IAT ADBAYROSO



MOST OF ALL, LET US
DENIAND MEDICAL SOLUTIONS AND
ECONOMIC AID FROM GOVERNMENT

FREE
MASS
TESTING

ENSURE
BASIC NEEDS
OF COMMUNITIES
UNDER QUARANTINE

UPDATE US
ON THE
CONTACT
TRACING
OF PATIENTS

SHIFT
GOV'T FUNDS
TO HEALTH
RESPONSE

